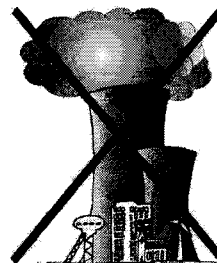


Bürgerinitiative BI - Kontra Kohle Kraftwerk e.V.



c/o. Thomas Matthée · Grenzstraße 162 · D-44534 Lünen

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Bundesminister Dr. Norbert Röttgen
Stresemannstraße 128 – 130

D-10117 Berlin

BI – KKK
Thomas Matthée
Grenzstraße 162
D-44534 Lünen
Fon: (02306) 782085

Lünen, 15.03.2012

Ihr Besuch der TRIANEL-Kraftwerksbaustelle in Lünen am 15.03.2012; Hellweggespräch 2012: „Zukunft der Energiewende“

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Röttgen,

soweit wir informiert sind, sind Sie mit Ihrem Thema einer Einladung der CDU-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna gefolgt.

Gestatten Sie uns, dass wir uns Ihnen nachstehend kurz vorstellen.

Die BI - Kontra Kohle Kraftwerk e.V. (BI-KKK) hat sich am 15.03.2007 – also auf den Tag genau vor 5 Jahren – gegründet. Wir kämpfen seitdem gegen den Kraftwerksneubau von Trianel und gehören damit zu den Organisationen, die in Lünen ein starkes Gegengewicht zu CDU, SPD, FDP, IHK, Wirtschaftsförderung und Stadtwerken bilden. Wir haben mit eigenen Veranstaltungen und fachlich kompetenten Stellungnahmen dazu beigetragen, dass die Lünen Bevölkerung umfassend informiert und durch die Kraftwerksbefürworter nicht einseitig beeinflusst worden ist. Wir haben hierbei feststellen können, dass ein beträchtlicher Teil der Lünen Bevölkerung den Kraftwerksbau ablehnt.

Die Unterzeichner nehmen als Vertreter der BI-KKK an der vorgenannten Veranstaltung als Zuhörer und Gäste der CDU teil. Wir möchten uns für die Einladung noch einmal ausdrücklich bedanken.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende des Kreistages, Herr Wilhelm Jasperneite, war in der letzten NRW-Kommunalwahl am 30.08.2009 Landratskandidat der CDU für den Kreis Unna. Er hatte sich im Vorfeld der Landratswahl genauso klar und eindeutig FÜR das neue Trianel-Kraftwerk ausgesprochen wie sein Mitbewerber von der SPD, obgleich auch Vertreter der CDU im Kreis Unna uns unterstützt und sich gegen das TRIANEL-Kraftwerk ausgesprochen haben.

Vorsitzender:
Thomas Matthée
Grenzstr. 162
44534 Lünen
AG Dortmund, VR 20759

Stellv. Vorsitzende:
Peter Nichau
Ingbert Kersebohm
Volker Hendrix

Bankverbindung:
Commerzbank Lünen
BLZ: 440 800 50
Konto: 0374 094 801
Spenden: 0374 094 802

E-Mail:
info@kontra-kohle-kraftwerk.de
Internet:
www.kontra-kohle-kraftwerk.de

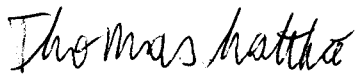
Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP im Rat der Stadt Lünen haben sich von Beginn an klar und eindeutig FÜR das neue Trianel-Kraftwerk positioniert: Sie haben bauplanungsrechtliche Hürden aus dem Weg geräumt und hierdurch die Grundlage für den Bau des in Lünen äußerst umstrittenen TRIANEL-Kraftwerks erst geschaffen.

Unserer Meinung nach ist der Bau eines Kohlekraftwerkes mit der von Ihnen propagierten Energiewende und dem notwendigen und unabdingbaren Klimaschutz nicht vereinbar!

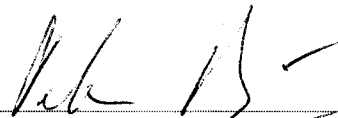
In der Anlage stellen wir unsere Gründe dar, die gegen den Bau dieses Kraftwerks sprechen, und bitten Sie, den Klimaschutz in Deutschland deutlich effizienter zu betreiben.

Wir würden uns freuen, wenn wir mit Ihnen oder Vertretern Ihres Hauses über unsere Ziele und Forderungen diskutieren und sprechen könnten. Ein interessanter Meinungsaustausch hat am 06.08.2007 mit Ihrem Amtsvorgänger, Herrn Sigmar Gabriel, stattgefunden; dieser Meinungsaustausch wurde mit zwei hochrangigen Vertretern seines Hauses fortgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Matthée
(Vorsitzender)



Peter Nichau
(Stellv. Vorsitzender)

Was spricht gegen den Bau des TRIANEL-Kohlekraftwerks in Lünen?

1. Der gewählte Kraftwerksstandort:

Das TRIANEL-Kraftwerk wird im Stummhafen auf einer Teilfläche errichtet, auf der nach dem am 03.02.2006 rechtswirksam geworden Flächennutzungsplan der Stadt Lünen eine Vorrangfläche für **Windenergieanlagen** dargestellt ist.

Die Suche nach einer geeigneten und konsensfähigen Vorrangfläche für Windenergieanlagen war ein jahrelanges z.T. zähes Ringen und wurde begleitet von z.T. massiven Bürgerprotesten.

Damit diese Darstellung am Ende planungsrechtlich hätte wirksam werden können, hätte der damals rechtsverbindliche Bebauungsplan Lünen Nr. 80 „Stummhafen“ (1. Änderung) in diesem Sinne geändert werden müssen. Der Rat der Stadt Lünen hat den entsprechenden Änderungsbeschluss am 07.07.2005 gefasst.

Kurz nach dem Eintreten der Rechtswirksamkeit des neuen FNPs wurde jedoch die Absicht zum Bau des TRIANEL-Kohlekraftwerks auf dieser Fläche bekannt. Daraufhin hat der Ausschuss für Stadtentwicklung des Rates der Stadt Lünen am 06.06.2006 die Änderung des FNPs beschlossen, mit dem Ziel, die Darstellung der Vorrangfläche für Windenergieanlagen wieder zurückzunehmen. Am 06.02.07 hob der Ausschuss für Stadtentwicklung den Änderungsbeschluss vom 07.07.2005 auf und stellte damit das formal noch laufende Bebauungsplanänderungsverfahren ein.

Aber selbst dieser rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 80, der aus dem Jahre 1984 stammt, passt mit den TRIANEL-Planungen nicht zusammen. Aus diesem Grund beschloss der Rat der Stadt Lünen, den Bebauungsplan Nr. 80 über Befreiungen gemäß Baugesetzbuch passend zu machen. Die Stadt Lünen schickte ihren Befreiungsbescheid „auf den letzten Drücker“ am 28.04.2008 an die Bezirksregierung Arnsberg. Der Vorbescheid wurde am 08.05.2008 erteilt.

Mit diesen Entscheidungen hat die politische Mehrheit in Lünen nicht nur ein neues gigantisches Kohlekraftwerk in Lünen ermöglicht, sondern sich selbst der einzigen damals konsensfähigen Vorrangfläche für Windenergieanlagen beraubt.

Darüber hinaus ist der Stummhafen als Kraftwerksstandort schon allein aus dem Grund ungeeignet, weil weit und breit keine Nutzer für die gigantischen Mengen an Abwärme in Sicht sind. Bis auf weiteres würde der Energieinhalt der verfeuerten Steinkohle nur zu 45% in elektrischen Strom umgewandelt, die restlichen 55% würden ungenutzt in der Lüner Luft verpuffen. Daran würde sich auch nichts Wesentliches ändern, wenn das TRIANEL-Kraftwerk irgendwann einmal die Fernwärmelieferungen des STEAG-Kraftwerks übernehmen würde.

2. Das TRIANEL Kraftwerk wird überhaupt nicht gebraucht, um die Stromversorgung Deutschlands zu sichern:

Lünen leistet bereits einen Beitrag zur Stromversorgung Deutschlands:

- In Lünen – in unmittelbarer Nähe der TRIANEL-Baustelle – ist bereits ein Kohlekraftwerk (der STEAG) mit insgesamt 500 MW elektrischer Nettoleistung in Betrieb. Weil BImSchG-Genehmigungen, sofern sie Rechtskraft erlangt haben, auch für ältere Anlagen unbefristet gelten, hat die STEAG keine Veranlassung, dieses Kraftwerk von sich aus abzuschalten.

- Planungsrechtlich hätte die STEAG in Lünen die Möglichkeit, jederzeit einen Erweiterungsblock mit mindestens 750 MW elektrischer Nettoleistung zu bauen. STEAG hat nach dem Scoping-Termin (12.12.2007) zwar noch keinen BImSchG-Genehmigungsantrag gestellt, aber andererseits auch noch nicht offiziell verkündet, dass sie in Lünen nicht erweitern will.

Desungeachtet hat TRIANEL – wie alle anderen Kraftwerksbetreiber auch – von Beginn an behauptet: „Wenn DIESES Kraftwerk nicht gebaut würde, dann gehen in Deutschland bald die Lichter aus.“

Dass die Stromversorgungslücke lediglich ein von den Stromerzeugern herbeigeredetes Horrorszenario ist, beweisen sie im Grunde jeden Tag selbst: Im April 2008 hat die Leipziger Energiebörse EEX „negative Strompreise“ eingeführt. Am 26.12.2009 waren die Strompreise an der EEX nicht nur auf ein historisches Tief gefallen, sondern der Strompreis lag im Tagesmittel bei MINUS 3,6 Cent je Kilowattstunde!

Deutschland produziert seit vielen Jahren (insb. in den „fetten“ Jahren 2006 bis 2010) erheblich mehr Strom, als es selbst verbraucht. Auch in 2011, dem Jahr des Atommoratoriums, hat Deutschland Stromüberschüsse produziert und konnte sogar Frankreich in den kalten Wintermonaten „Stromnothilfe“ leisten.

Das zeigt: Das TRIANEL-Kraftwerk in Lünen wird überhaupt nicht gebraucht, um die Stromversorgung Deutschlands zu sichern!

3. Lünen und Umgebung sind durch emittierende Betriebe bereits stark belastet:

In Lünen und Umgebung sind bereits einige stark schadstoffemittierende Anlagen in Betrieb. Dadurch ist unsere Region bereits erheblich mit Schadstoffen belastet. Wir haben deswegen große Sorgen um die Gesundheit unserer Kinder und Mitbürger. Eine weitere Anhäufung industrieller Großanlagen auf kleinstem Raum verträgt Lünen nicht mehr.

Desungeachtet sind neben TRIANEL in Lünen auch in Datteln, Hamm und Herne jeweils gigantische Kohlekraftwerke genehmigt worden und z.T. bereits im Bau.

4. Der Klimaschutz im Kreis Unna ist mangelhaft:

Der Kreis Unna hat im April 2009 seine CO₂-Bilanz in Form der Broschüre „Unsere Energie für gutes Klima – Klimaschutzinitiative des Kreises Unna“ vorgestellt. Vor dem Hintergrund, dass es im Kreis Unna schon längst keine Stahlerzeugung, keine Zechen und keine Kokereien mehr gibt, sind für uns die markantesten Aussagen:

- „**Ohne** die Emissionen der **Energiewirtschaft** einzurechnen, betragen die CO₂-Emissionen im Kreis Unna 7,4 Millionen Tonnen pro Jahr und somit **17,64 Tonnen** CO₂ pro Einwohner.“
- „Die CO₂-Emissionen pro Kopf liegen im Kreis Unna im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt (11 Tonnen pro Kopf) **um etwa 60 Prozent höher.**“
- „Durch die bereits bestehenden [Strom erzeugenden; Ergänzung durch uns] Anlagen im Kreis Unna werden knapp **elf Millionen Tonnen** CO₂ pro Jahr ausgestoßen.“
Bezogen auf 419.353 Einwohner errechnet sich daraus ein Ausstoß von **26,12 Tonnen** CO₂ pro Einwohner und Jahr.

Würde man den Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß des Kreises Unna im internationalen Vergleich sehen, läge dieser bereits ohne das TRIANEL-Kraftwerk mit deutlichem Vorsprung vor den USA und Australien.

Was der Kreis Unna folglich am wenigsten gebraucht hätte, ist das TRIANEL-Kraftwerk in Lünen!

5. Der Klimaschutz in Deutschland ist nicht effizient:

Die Rechnung ist im Grunde einfach:

Jedes der neuen Kohlekraftwerke emittiert jedes Jahr mindestens 5 Millionen Tonnen Treibhausgase sowie Schwefeloxide, Stickoxide, Quecksilber, andere Schwermetalle und Feinstaub.

Jedes in Deutschland neu in Betrieb gehende Kohlekraftwerk, für das im Gegenzug nicht zeitgleich alte Kohlekraftwerke mit gleicher Feuerungswärmeleistung außer Betrieb genommen werden, emittiert 5 Millionen Tonnen Treibhausgase und Schadstoffe ZUSÄTZLICH und steht folglich einem effizienten Klimaschutz diametral entgegen.

6. Das „TRIANEL-Urteil“ des OVG-NRW vom 01.12.2012:

Die ehemalige CDU-FDP-Landesregierung hat sich leider das zweifelhafte „Verdienst“ erworben, das Widerspruchsverfahren weitgehend aufgehoben zu haben. Somit bleibt in NRW gegen BImSchG-Genehmigungen nur noch der Klageweg.

Die Klage der aus BI-KKK und BUND-NRW gebildeten Klage-Allianz gegen den Vorbescheid und die 1. Teilgenehmigung für das TRIANEL-Kraftwerk in Lünen hat zu zwei Urteilen geführt, die nach unserer Einschätzung Rechtsgeschichte geschrieben haben und wichtige Etappensiege für die Natur- und Klimaschützer bedeuten:

- Am 12.05.2011 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass Umweltrechtsbehelfsgesetz nicht EU-konform umgesetzt worden ist. Klagende Naturschutzverbände können sich seitdem direkt auf die entsprechenden EU-Richtlinien berufen.
- Am 01.12.2012 hob das Oberverwaltungsgericht NRW den Vorbescheid und die 1. Teilgenehmigung für das TRIANEL-Kraftwerk auf. Damit hat das OVG-NRW deutlich gemacht, dass TRIANEL die naturschutz- bzw. die FFH-rechtliche Unbedenklichkeit auch nach nunmehr 4¼ Jahren nach dem Erörterungstermin nicht erbracht hat. Einige der von TRIANEL vorgelegten Gutachten waren sogar so mangelhaft, dass das OVG-NRW offenbar gar nicht anders konnte, als die Revision nicht zuzulassen.

Nach diesem Urteil kann dem TRIANEL-Kraftwerk bis auf weiteres keine endgültige Betriebserlaubnis erteilt werden!

Das TRIANEL-Urteil ist auch aus einem anderen Grund bahnbrechend: Sollte dem Kraftwerk tatsächlich eine Betriebserlaubnis erteilt werden und diese Rechtskraft erlangen, so würde das TRIANEL-Urteil, wie TRIANEL-Geschäftsführer Manfred Ungethüm eingeschätzt hat, nämlich dazu führen, dass im Umkreis von bis zu 40 Kilometern praktisch kein Betrieb mehr zugelassen werden könne, der vom Bundesimmissionsschutzrecht erfasst sei (WAZ Lünen vom 09.03.2012). Damit könnten sich emissionsträchtige Betriebe nicht nur in Lünen, sondern z.B. auch im Dattelner „newPark“ nicht mehr ansiedeln, was im Endeffekt bedeutet: Das Projekt „newPark“ ist faktisch nicht mehr realisierbar!

Damit werden jedenfalls alle Bürgerinnen und Bürger bestätigt, die mit uns schon seit vielen Jahren sagen: In Lünen und Umgebung ist das Schadstofffass nicht nur längst voll, sondern es läuft bereits über.

Darüber hinaus ist übrigens noch eine weitere Klage gegen die Direkteinleitung von auf geheizter und aufkonzentrierter Kühlturmasflut und Abwässer aus der Rauchgasentschwefelung vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen anhängig. Wir warten mit großer Spannung auf die mündliche Verhandlung, in der die Quecksilbereinträge aus dem TRIANEL-Kraftwerk in die Lippe über den Luftpfad mit Sicherheit ein großes Thema sein werden.

Unsere Forderungen für einen effizienteren Klimaschutz in Deutschland:

- Das marktwirtschaftliche Modell des Handelns mit Treibhausgas-Emissionszertifikaten ist aus unserer Sicht gescheitert. „**Geschenke**“ Treibhausgas-Emissionszertifikate bewirken keinen Klimaschutz, sondern leisten bloß einem **grenzenlosen Kraftwerkswildwuchs** Vorschub.
Geben Sie den Treibhausgas-Emissionszertifikaten einen angemessenen Preis.
- Fördern Sie erneuerbare Energien und alternative, kleinräumige, dezentralisierte Energieversorgungskonzepte viel stärker.
- Nehmen Sie die Kürzungen im Bereich der Solarenergieförderung wieder zurück.
- Stoppen Sie die Finanzierung von Forschungsprojekten für die konventionelle Energieerzeugung. Stoppen Sie die aus dem Ökofonds abgezweigten Mittel für die konventionelle Energieerzeugung sofort.
- Stellen Sie alle staatlichen Mittel zur Erforschung des „CO₂-freien Kohle-Kraftwerks“ ein. Die CO₂-Abscheidung verbraucht viel zu viel Energie (ca. 10 Prozentpunkte weniger Wirkungsgrad). Darüber hinaus gibt es in Deutschland überhaupt nicht genug Speicherplatz, um das abgetrennte CO₂ dauerhaft und sicher zu lagern.
- Stärken Sie die Kartellbehörden und die Bundesnetzagentur, damit in diesem „liberalisierten“ Energiemarkt tatsächlich eine wirksame AUFSICHT über die Stromerzeuger und die Stromleitungsnetze geführt werden kann.
- Verhindern Sie Monopolisierungsbestrebungen, Preisabsprachen und den Aufbau von Kraftwerksüberkapazitäten.
- Verhindern Sie, dass **Sondermüll** als sogenannter „**Ersatzbrennstoff**“ in Kohlekraftwerken mitverbrannt wird. Wir finden es z.B. skandalös, dass „Kronocarb“ – das sind hochbelastete Rückstände aus der Titandioxidproduktion, die mit Petrolkoks verschnitten sind – jahrelang in deutschen Kohlekraftwerken mitverbrannt werden durften.
- Zwingen Sie jeden industriellen Stromerzeuger per Gesetz, Strom mit der besten technisch machbaren Energieausnutzung zu erzeugen. Neue Kohle-Kraftwerke müssen mindestens 25% ihrer Feuerungswärmeleistung auskoppeln. Neue Kohle-Kraftwerke ohne Kraft-Wärme-Kopplung dürften eigentlich überhaupt nicht mehr genehmigt werden.
- Novellieren Sie das Umweltrechtsbehelfsgesetz so, dass die geltenden europarechtlichen Vorgaben vollständig umgesetzt werden – und zwar ohne dass erneut der Europäische Gerichtshof bemüht werden muss.